Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen

Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband

Band: 19 (1967)

Heft: 3

Rubrik: Die Welt im Radio und Fernsehen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Radio zwischen den Mahlsteinen

Schluss

Der Konflikt spitzte sich immer mehr zu. Die englische Armee bereitete sich auf eine schwierige Operation gegen Aegypten, besonders gegen Port Said, vor. Diesen jungen Soldaten über das Radio zu sagen, dass die Sache, für die sie ihr Leben einsetzten, von einem beträchtlichen Teil Englands als falsch betrachtet würde, erschien dem englischen Oberkommando als Landesverrat. Das Radio liess sich aber dadurch nicht einschüchtern und fuhr mit seinen unparteiischen Berichten auch dann fort, als sich herausstellte, dass England immer mehr die öffentliche Meinung der Welt gegen sich hatte. Da die BBC auch darüber vorurteilsfrei berichtete, entstand der Eindruck, dass die Feindschaft gegen Edens Politik sich in England noch verschärft habe.

Die Kritiker der BBC verlangten nun energisch, dass diese sich mehr anpasse, wenn auch nur so lange, als die Krise daure. Die Regierung solle sonst die dem Radio gewährte Unabhängigkeit in der Programmgestaltung aufheben. Sie habe dazu sowieso die Möglichkeit, denn die fremdsprachigen Aussendienste würden aus öffentlichen Steuergeldern bezahlt, nicht aus den Hörergebühren. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen zwischen der BBC und der Regierung, die sich darauf berief, dass gemäss dem Grundgesetz die BBC ihre Radioprogramme «im nationalen Interesse» vorbereiten müsse. Doch was war in einem solchen Fall «nationales Interesse»? Die objektive Wahrheit oder die Darlegung des Parteistandpunktes? Die Eden-Regierung ging so weit, der BBC eine grosse Reduktion der Mittel für den Betrieb der auswärtigen Sendedienste anzudrohen, schritt dann jedoch nicht zur Tat. Es wäre auch eine schlechte Politik gewesen, den Weltruf der BBC für unparteiische Berichterstattung zu zerstören, was die Folge davon gewesen wäre.

Die Regierung kam dann in die Lage, ihre Auffassungen direkt in die Tat umzusetzen. Als Israel in den Sinai einrückte, beschlagnahmten die Engländer die Radiostation Shark Al Adna auf der Insel Zypern. Sie mussten sofort einen eigenen Dienst aufziehen, da das Personal davonlief. «Die Stimme Englands» hiess das neue Programm, aber es war in Wirklichkeit nur die Stimme der Londoner Regierung. Die Auswirkungen waren sonderbar. Die BBC blieb bei ihrer unabhängigen Stellungnahme und verkündete auch der Regierung nicht schmeichelhafte Stellungnahmen des In- und Auslandes, während der Zypern-Sender jede kritische Haltung gegenüber der Regierung unterdrückte. Das führte wiederum zu Angriffen im Parlament, wo eine Untersuchung über die Verantwortlichen dieser Zypern-Sendungen verlangt wurde. Es wurde der Regierung vorgeworfen, das Vertrauen in die Wahrheit der englischen Sendungen erheblich geschwächt zu haben.

Diese Situation dauerte nicht lange; schon im März 1957 wurden die Sendungen der «Stimme Englands» eingestellt, und die BBC übernahm die ganze Verantwortung. Der Konflikt war zu Ende. Doch glauben die Fachleute, dass er sich immer etwa wiederholen kann. Die Regierung eines Landes muss oft kurzfristige Ziele verfolgen, während das Radio nach englischer Auffassung auf lange Sicht zu arbeiten hat. Es muss für Verständnis und Vertrauen für das Land werben, was viele Jahre brauchen kann. Es ist einer Radiogesellschaft auch nicht möglich, ihre Politik kurzfristig zu ändern und dann wieder zur alten zurückzukehren. Der Schaden wäre für immer angerichtet, das Vertrauen dahin. Gerade während grossen Krisen wollen die Hörer wissen, was vorgeht, und wenn sie nicht sicher sind, einem Sender trauen zu können, werden sie ihn nicht mehr anhören und ihre Informationen anderswo beziehen. Kein Sender hat heute mehr ein Monopol. Im englischen Parlament wurde auch mit Recht darauf hingewiesen, dass es unmöglich ist, im Innern eines Landes für Neuigkeiten und Informationen einen andern Standpunkt zu vertreten als in den Sendungen für das Ausland. Die Glaubwürdigkeit der Sendungen eines solchen Landes wäre sogleich und augenblicklich zerstört. Nach dem Sturz Edens setzte sich denn auch diese Erkenntnis bei der Regierung durch, indem sie erklärte: «Die Unparteilichkeit und Objektivität der BBC ist ein nationaler Aktivposten von grossem Wert, und die Unabhängigkeit der Gesellschaft muss aufrecht erhalten werden».

Die Lage der Protestanten in Ostdeutschland

Schluss

Ist die Kirche als Institution stark gelähmt, so findet doch ein Aufbruch in anderer Form statt, indem sich kleine protestantische Gemeinschaften finden, die sich in den Staat und die Oeffentlichkeit infiltrieren im guten Sinn des Wortes. Es ist der Gedanke, sich auf den Kern zurückzuziehen, die Kern-Theorie. Aber es bedeutet dies doch auch die Zurückdrängung in einen Kultraum und eine Zerbröckelung der grossen, zentralen Institution, worauf die Regierung auch ausgeht. Die Katholiken haben vielleicht einen bessern Weg gewählt, indem sie sich weigerten, irgendwie mit dem Staat Abkommen zu schliessen. Doch sind sie auch nur ein Bruchteil der Bevölkerung, ca. 1 Million von 17 Millionen.

Es war aber auch Zeichen eines gewissen Selbstbewusstseins, dass auch die Ost-Berliner Synode Präses Scharf zum Bischof gewählt hat, wohl entgegen den Erwartungen der DDR-Regierung. Die Frage der Uebernahme politischer Verantwortung auf Grundlage des atheistischen Marxismus ist gegenwärtig das Problem. Es stellt sich praktisch als die Frage heraus, ob man als Kommissionsmitglied, Abgeordneter, Vorarbeiter usw. Verantwortung übernehmen will oder nicht als Christ. Es besteht dann allerdings die Gefahr, für einen Opportunisten gehalten zu werden. Nötig ist jedenfalls grösste Vorsicht und Behutsamkeit, sonst wird man leicht unglaubwürdig. Jedenfalls erwarten die Marxisten jeweils den Protest des Christen.

Richtig wurde der Gesamteindruck dahin zusammengefasst, dass die Kirche in Ostdeutschland langsam in die Katakomben hinabsteigen muss. Eine Hoffnung besteht insofern, dass man nicht nur den Gegensatz SED gegen die Kirche sehen muss, der hoffnungslos ist, als die Tatsache, dass einzelne marxistische Menschen mit einzelnen Christen zusammenleben. Der Marxismus hat den Blick etwas verloren über diese psychologischen Gegebenheiten des Menschseins. Es kommen die Urfragen des Menschseins auch in der DDR wieder zum Vorschein. Wo dann konkrete Fragen zur Diskussion stehen, kann das Engagement des einzelnen Christen in der Politik vielleicht doch noch Wert haben.

Interessant war die Feststellung, dass sich Möglichkeiten zu weitern Kontakten zwischen dem Kirchenbund und der ostdeutschen Kirche ergeben haben, die weiterverfolgt werden sollen. Aber im ganzen wagt man kaum daran zu denken, dass im 20. Jahrhundert noch eine derartige Intoleranz möglich ist.

Was «medium» berichtet

HB. Im Quartalsheft 1966/4 der Zeitschrift für Evangelische Rundfunk- und Fernseharbeit «medium» orientiert Fritz Brühl, Direktor des Hörfunks beim Westdeutschen Rundfunk, Köln, merkwürdig unprofiliert über den «Beitrag der Kirche im Hörfunkprogramm». Nach unnötigen Vorbemerkungen berichtet er über Erfahrungen, Motive und Methoden einer Rundfunkanstalt bei Zusammenstellung und Ausstrahlung des Advents- und Weihnachtsprogamms. Am brauchbarsten sind die stichwortartigen Vorschläge für ein vielseitiges Weihnachtsprogramm.

Den «Beitrag der Kirche im Fernsehprogramm» behandelt weit konstruktiver Dieter Ehlers, Abteilungsleiter Kultur Fernsehen beim Südwestfunk, Baden-Badenn. Das deutsche Fernsehen im Ersten Programm offeriert der Kirche ausser dem «Wort zum Sonntag» und Gottesdienstübertragungen auch regelmässige Sendungen am Sonntag vormittag um 11.30 Uhr. Ehlers sieht in der letzteren eine besondere Problematik. Trotz einer grossen Zuschauerzahl am Sonntag vormittag, ist die Zahl relativ gering. «Mit an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit kann behauptet werden, dass durch die kirchlichen Sendungen am Sonntag vormittag weder die Aussenstehenden noch die der Kirche nahe oder doch potentiell nahe, aber nicht in ihr stehenden Zuschauer erreicht werden, die Aelteren nicht, geschweige denn die Jugend.» Den Grund für das relative Desinteresse des Publikums sieht der Verfasser in den betreffenden Themen und Inhalten. Sie werden hauptsächlich bestimmt durch Bildmeditationen und bildfreundliche Motive karitativer Aktionen. Die Uebertragung aktueller moraltheologischer Auseinandersetzungen mit Themen wie Todesstrafe, Geschlechtsmoral, Marxismus, Kriegsdienst, Heimatrecht oder Grenzsituationen der exakten Naturwissenschaften könnte die Situation schlagartig ändern. Er bedauert den Verzicht auf Sendungstypen, die religiös aufrütteln statt sich einschmeicheln. Als negatives Beispiel nennt er das Weihnachtsprogramm. Ehlers kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es für die nominell und konventionell so verbreitete evangelische Kirche im saturierten Deutschland der Nachkriegszeit wohl auch symptomatisch ist, wenn sie sich beim Fernsehen des Ersten Programms im Hort der abgesicherten repräsentativen Sendezeit des Sonntag vormittags etabliert hat. Er meint, das Privileg der regelmässigen eigenen Sendezeiten der Kirche sei um den Preis einer Ghetto-Existenz erworbenn worden. Vermehrt müssten kirchliche Themen nebenher auch im Abendprogramm auftreten. Der Autor stellt beim Fernsehpublikum eine Ueberdrüssigkeit der hektischen Bilderflut fest, deshalb wird das gesprochene Wort wieder aufgewertet. Die mehrheitlich gesprochene Sendung eines kirchlichen Programms hat deshalb durchaus ihre positive Chance.

Konrad Jutzler, Baden-Badenn, bringt theologische «Bemerkungen zu Wilhelm Schmidt: «Ueberlegungen zur geistlichen Ansprache im Rundfunk» in «medium» 1966/2.

Am 2. November 1966 fand die Jahrestagung der «Konferenz der evangelischen Rundfunk- und Fernseharbeit in Deutschland» in Bremen statt. Unter anderem hielten Fritz Brühl und Dieter Ehlers die Vorträge, welche in diesem Heft vorliegen. Zum Ganzen bietet Jürgen Petersen, Direktor Kulturelles Programm beim Deutschlandfunk, Köln, «Ein Nachwort zu Bremen», in dem eine gewisse Enttäuschung nicht übersehbar ist. Zum Thema «Rundfunk und Gesellschaft» vermittelt Richard W. Dill, Referent für Eurovision, München, eine internationale Literaturübersicht für Praktiker, Politiker und Pädagogen.

Auf Grund einer Reise zur Erforschung, was von den Kirchen auf dem Gebiet des Rundfunks und Fernsehens in Lateinamerika geleistet wird und welche Entwicklung zu erwarten ist, schreibt Edwin H. Robertson (London) über «Lateinamerika und die World Association for Christian Broadcasting (WACB)».

Die Miszellen enthalten Hinweise, Informationen und Nachrichten aus aller Welt. Man erfährt, dass in Mexiko die Möglichkeiten für kirchliche Radioprogramme stark beschnitten sind. Nur vereinzelte Sender sind zur Uebernahme protestantischer Programme bereit und verlangen dafür nahezu zweimal mehr als für Aufträge aus der Wirtschaft. Evangelische Sendungen sind dadurch erschwert, dass sie sich der Gefahr aussetzen, die mexikanische Verfassung zu verletzen, die Gottesdienste an öffentlichen Plätzen verbietet. — Im österreichischen Fernsehen hat eine Diskussion zu dem Thema «Jesus als historische und religiöse Gestalt» zwischen mehreren römisch-katholischen Theologen, Wilhelm Dantine von der Wiener Evangelisch-Theologischen Fakultät und Hamburger «Spiegel»-Redaktor Werner Harenberg unter der Leitung des sozialistischen Publizisten Dr. Gerhard Nenning beträchtliches Aufsehen und eine kritische Stellungnahme des Wiener Erzbischofs Kardinal König hervorgerufen.

Das «Archiv» enthält die Titel der evangelischen Sendungen des Ersten und Zweiten Deutschen Fernsehens vom 1. Januar bis 31. Dezember 1966. Im Programm fällt ausser einigen aktuellen Sendungen die erfreuliche Regelmässigkeit der viertelstündigen Sendung «Tagebuch aus der evangelischen Welt» im vierzehntägigen Rhythmus im Zweiten Deutschen Fernsehen auf.

Fruchtbares Gespräch zwischen Fernsehen und Kirche

Ein Televisions-Wochenende in der Zürcher Gemeinde Seebach.

R. St. Das Wochenende in der Kirchgemeinde Zürich-Seebach vom 21./22. Januar hat bewiesen, wie fruchtbar das Gespräch zwischen Kirche und Television sein kann. Das Gesamtthema hiess: «Das Fernsehen und seine Probleme». In der Einladung fragten Kirchenpflege und Pfarrerschaft: «Sind wir diesen Massenmedien ganz ausgeliefert? Ist ihr Einfluss von Gutem oder nicht? Welches ist in diesen Dingen die rechte Haltung vom christlichen Glauben her?»

Dass auf diese Fragen überhaupt geantwortet werden konnte, ist der Mitarbeit kompetenter Fachleute zu verdanken. Die Seebacher haben richtigerweise, bevor sie ihre eigene Meinung bildeten, den Programmleiter von Zürich und den Abteilungsleiter des Ressorts «Kirche und Familie» angehört. Der erste, Dr. Guido Frei, sprach nicht bloss über die Faszination des Fernsehens; er zeigte auch den instruktiven Film «Wie ein Fernsehprogramm entsteht». Die Zeitgenossen, welche die vielschichtige Problematik nur vom Bildschirm her kennen oder ahnen, wurden in den technischen und administrativen Bereich eingeführt. Der andere, Max Schärer, fasste zum Schluss der Tagung die Ergebnisse der Gruppengespräche zusammen.

Zwischen dem Gottesdienst am Sonntagmorgen und dem Mittagessen traten fünf Gemeindeglieder aufs Podium. Ihre Gespräche entstanden aus dem Stegreif, aber doch so, dass jeder tags zuvor einen Zettel mit einigen Fragen erhalten hatte, auf die er im besonderen einzugehen hatte: Ein älterer, aber durchaus nicht alt wirkender Herr reagierte am positivsten auf das Fernsehprogramm im Gesamten: es bedeutet ein Geschenk für alle, denen am Abend das Lesen Mühe bereitet — wenn sie kritisch genug sind, nur das ein-

zustellen, was ihnen Sinnvolles verspricht. Viel kritischer reagierten die Jungen: ein Vertreter der jüngsten Generation und ein Lehrer, der sich zwar grundsätzlich als Fernsehfreund bekannte. Sie fanden übereinstimmend, die Versuchung, passiv und kritiklos vor dem Kasten zu sitzen, sei stärker als positive Anregungen. Der Lehrer beklagte die Uebermüdung und geistige Abstumpfung der Kinder durch überdotierten Fernsehgenuss, der junge Mann hatte beobachtet, dass ausgesprochen mindere Beiträge, billige Krimis zum Beispiel, lieber angesehen werden als alles, was irgendwelche eigene Denkarbeit voraussetzt. Auch eine Aerztin meldete aus ihrer Praxis ähnliche Vorbehalte an, konnte aber aus ihrem Gebiet etwa mitteilen, dass durch Uebertragung ärztlichen Wirkens bei manchem Patienten die Scheu vor einer Spitalbehandlung einer vernünftigen Zustimmung gewichen sei.

Radio und Fernsehen auch bei uns im Feuer

FH. Es war uns schon länger bekannt, dass die Bundesverwaltung bis in ihre Spitzen mit der Rundspruchgesellschaft nicht zufrieden ist. Aus diesem Grunde haben wir am Beispiel des englischen Radios, der BBC, am konkreten Fall der Suez-Affäre zu zeigen versucht, wie Regierung und Radio in Konflikt geraten können, und wie wichtig es dabei ist, dass das Radio seine Unabhängigkeit bewahrt. Die englische Regierung ist selber nach den schweren Auseinandersetzungen schliesslich zu dieser Einsicht gekommen. («Radio zwischen den Mahlsteinen» in dieser und der letzten Nummer.)

Nun ist der schwelende Aerger doch in unserer Presse aufgebrochen. An die Oeffentlichkeit wurde er durch ein Interview von Regierungs- und Nationalrat Dr. König, dem Vizepräsidenten der Radiogenossenschaft Zürich und Vorstandsmitglied der Rundspruchgesellschaft gebracht. Nach seiner Darstellung haben gleich vier Bundesräte der obersten Spitze der Rundspruchgesellschaft (Guinand und Bezençon) anlässlich eines Arbeitsessens eine «Strafpredigt» gehalten und sie unter Druck zu setzen versucht. Diese hätten auch zugegeben, dass einzelne der Vorwürfe berechtigt seien. Ein solches Verhalten von Bundesräten sei unzulässig; nur wenn die Regierung oder eines ihrer Mitglieder verletzend angegriffen, oder wenn eine falsche Information nicht korrigiert würde, hätte der Bundesrat das Recht zum Eingriff. Der Bundesrat habe genügend indirekte Mittel, um seine Ansichten schon durch die Konzessionsbestimmungen in der Rundspruchgesellschaft zur Geltung zu bringen, dann aber auch durch sein Recht, einen Teil der Zentralvorstandsmitglieder zu wählen usw.

Begreiflicherweise warfen diese Angriffe auf den Bundesrat einige Wellen. Es kam dabei an den Tag, dass weitere Kreise besonders mit der Information von Radio und Fernsehen nicht einverstanden sind. Teilweise wird sie als zu eintönig, als zu gouvernemental abgelehnt, teilweise wird behauptet, die Non-Konformisten seien besonders beim Fernsehen in grosser Ueberzahl, und die wirklichen Kräfte des Landes, vor allem jene der grossen Parteien, kämen nicht ihrer Bedeutung entsprechend zum Wort.

Die Rundspruchgesellschaft suchte die Aussagen von Regierungsrat Dr. König zu widerlegen, tat es jedoch so allgemein, dass man kaum von einem Widerspruch reden kann: «Soweit umstrittene Sendungen besprochen wurden, endete die Aussprache damit, dass die Programmautonomie der SRG von den bei der Zusammenkunft anwesenden Bundesräten erneut bestätigt wurde». Ein Druck oder eine Einmischung in die «Programmverantwortung» habe nicht stattgefunden. Diese Verharmlosung ist gewiss geschickt formuliert, aber es wird damit klar zugegeben, dass «umstrittene Sendungen» besprochen wurden, also Sendungen, die dem Bundesrat nicht passten. Nur dieser kann solche aufs Tapet gebracht und zur Diskussion gestellt haben; die Vertreter der SRG haben dies bestimmt nicht getan. Der Bundesrat hat also doch in Programmfragen reklamiert und Vorbehalte angebracht, das steht fest.

Bundesrat Gnägi hat diesen Tatbestand in einer separaten Stellungnahme ebenfalls noch bestätigt, trotzdem er gleichzeitig Nationalrat Dr. König scharf angriff und der Unwahrheit bezichtigte. So habe der Bundesrat eine strengere Trennung «zwischen Information und Kommentar» verlangt. Um diesen Grundsatz zu belegen, hätten die Bundesräte in der erwähnten Sitzung» praktische Beispiele erwähnt, bei denen bestimmte Punkte zu beanstanden waren. Sie betrafen die Form der Präsentation, die in Einzelfällen anfechtbare Zielsetzung sowie die Behandlung gewichtiger Probleme durch Mitarbeiter, denen in Einzelfällen offenbar die hierfür nötige Sachkenntnis fehlt.» Daraus ergibt sich klar, dass der Bundesrat sowohl die Form, als den Inhalt als die Auswahl von Mitarbeitern von Sendungen beanstandet hat. Gewichtigere Beanstandungen im Programm sind aber doch überhaupt nicht möglich. —

Andererseits hat der Bundesrat wie jeder Bürger das Recht zur Kritik von Sendungen. Was jedoch diesen Vorfall als negativ erscheinen lässt, sind die näheren Umstände. Der Bundesrat hätte die Möglichkeit gehabt, öffentlich oder im Parlament Kritik zu üben und dabei anzugeben, welche Sendungen er für unsachgemäss hält. Bis heute ist nur wenigen Eingeweihten sicher bekannt, was und wen er beanstandet. Ausserdem hat er seine Kritik den Spitzen der SRG allein zur Kenntnis gebracht bei einem intimen Essen. Niemand anders sollte offenbar davon Kenntnis erhalten. Dabei musste er sich bewusst sein, dass er als Bundesratsmehrheit mit seinen Beanstandungen immer einen tiefen Einbruch bei der SRG durch solche intime Vorhalte erzielen würde, auch wenn er sie unter einem diplomatischen Lächeln versteckte und sich alles in «freundschaftlicher Atmosphäre» abspielte und «keinerlei Druck» ausgeübt wurde. Sonst hätte er sie auch nicht vorgebracht. —

Wer die Leute an der Spitze der SRG kennt, wird sich im Klaren sein, dass die schweizerischen Sendungen auf vielen Gebieten jetzt noch vorsichtiger und allgemeiner, wenn man will auch gouvernementaler sein werden als bisher. Manches wichtige Thema dürfte überhaupt nicht mehr herangezogen werden. Das ist sehr bedauerlich. Bei einem so grossen Monopolbetrieb wie Radio und Fernsehen sind solche geheimen Beeinflussungsversuche von höchster Stelle immer gefährlich, und Regierungsrat Dr. König verdient Dank dafür, dass er einen solchen an die Oeffentlichkeit gebracht hat. Bedauerlich ist nur, dass die Oeffentlichkeit als der höchste Souverän sowohl vom Bundesrat wie von der SRG im Dunkeln gelassen wird, was der Bundesrat konkret beanstandet hat. Es ist ihr als der obersten Hüterin der Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen somit wieder einmal unmöglich gemacht, endgültig Stellung zu beziehen. Sie kann so weder der SRG wegen allfälliger unberechtigter Angriffe zu Hilfe kommen und sie in ihrem Streben nach Unabhängigkeit auf dem Programmgebiet unterstützen, noch kann sie dem Bundesrat wegen allfälliger Entgleisungen der SRG recht geben und helfen, solche in Zukunft zu verhindern. Es bleibt bei ihr ein grosses Unbehagen zurück, das durch alle Verwedelungsversuche, durch weitschweifige Erklärungen seitens der SRG. «Viel Lärm um Nichts» und dergleichen, nicht so leicht aus der Welt geschaffen werden wird. Nur eine klare Darstellung der erfolgten Beanstandungen des Bundesrates an den Sendungen in aller Oeffentlichkeit könnte hier heilend wirken. Gewiss hat der Bundesrat das Recht zur Kritik wie wir alle, aber er muss auch in der Oeffentlichkeit dazu stehen wie wir alle auch.